

D1

# Dringlichkeitsantrag

**Initiator\*innen:** Elina Schumacher, Shirin Kreße, Emma Unser, Kilian Vitt, Josephs Kuhl, Leonie Wingerath, Antonia Wille

**Titel:** **Feministische Außenpolitik oder symbolische Lippenbekenntnisse? – Außenpolitische Reaktion der deutschen Regierung auf die Proteste im Iran**

---

Der Mord an Jina Amini am 13.9.22 startete eine Protestbewegung im ganzen Iran. Jina wurde zum Opfer der Sittenpolizei und zum Opfer eines Systems, das Frauen, weiblich gelesene Personen und queere Menschen benachteiligt, unterdrückt und ermordet. Jina war Kurdin. Das ist wichtig, denn kurdische Menschen werden im Iran aber auch in anderen Ländern politisch verfolgt und benachteiligt. Sie machen im Iran 12% der Bevölkerung aus und spielen in der Freiheitsbewegung, die wir aktuell dort sehen eine entscheidende Rolle. Denn auch wenn es in der Vergangenheit bereits Proteste gegen das Regime im Iran gab, so haben die aktuellen Proteste neue Ausmaße in Bezug auf die Beteiligung der Bevölkerung überall im Land angenommen.

Die Proteste sind gleichermaßen befeuert durch die patriarchale Unterdrückung, genauso wie die ethnische Spaltung und Diskriminierung und die großen sozioökonomischen Sorgen gerade der jungen Bevölkerung. Die Menschen gehen zu Tausenden überall im Iran auf die Straßen, verbrennen den Hijab und schreien: "Tod dem Diktator!". Sie tun das, obwohl sie wissen, dass sie dafür potentiell ermordet werden. Denn das Regime reagiert mit unglaublich harter Gewalt auf diese Proteste. Die Menschen kämpfen nicht mehr für Minimalreformen, sondern für einen Umsturz des Systems. Was wir im Iran aktuell beobachten ist eine queerfeministische Revolution! <3

Unsere Reaktion darauf ist allerdings absolut unzureichend. Um Masih Alinejad zu zitieren: Die iranischen Menschen wollen nicht, dass der Westen ihnen die Demokratie bringt. Sie wollen nicht von uns gerettet werden. Sie wollen nur, dass wir endlich aufhören das iranische Regime zu retten!

Das bedeutet:

- Die Verhandlungen zum Atomabkommen müssen gestoppt werden. Es darf keine Verhandlungen mit diesem gewaltvollen Regime geben.
- Die Revolutionsgarde muss offiziell als Terrororganisation eingestuft werden.
- Das islamische Zentrum in Hamburg muss geschlossen werden.
- Ein weitreichendes Einreiseverbot für Angehörige der Revolutionsgarden und ihrer Familien bis mindestens zum zweiten familiären Zugehörigkeitsgrad. Dazu müssen Angehörige identifiziert werden und nach Möglichkeit die Entziehung von Aufenthaltstitel und/oder Visa geprüft werden.
- Alle Immobilien und Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, die den Revolutionsgarden zugeordnet sind, sind zurückzuführen, zu beschlagnahmen und den Personen Zugriff auf mögliche Konten zu verwehren.
- Abschiebestopp in den Iran auf Bundesebene – jetzt!
- Unbürokratische und bedingungslose Aufnahme geflüchteter Menschen aus dem Iran – zum Beispiel durch ein Landesaufnahmeprogramm, dass schnellstmöglich entworfen und vom Bundesinnenministerium genehmigt werden muss
- Bilaterale Verhandlungen mit den Nachbarländern um Menschen legale Fluchtwege aus dem Iran zu ermöglichen
- Endlich eine feministische Außenpolitik die den Namen verdient, in dem sie Menschenrechte priorisiert und klar Stellung bezieht
- Finanzielle Unterstützung von queerfeministischen Organisationen im Iran
- Ein unabhängiger UN-Mechanismus zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Iran

Wir dürfen außerdem nicht vergessen, welche große Rolle kurdische Menschen in der Revolution im Iran spielen! Während sie allerdings in Ostkurdistan für die Revolution kämpfen, werden sie in Südkurdistan aktuell von der Türkei mit völkerrechtlich verbotenen Chemiewaffen angegriffen. Auch hier schweigt die Bundesregierung.

Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung endlich mit ihrer Appeasement Politik gegenüber der Türkei aufhört und stattdessen klar kommuniziert, dass weitere Menschenrechtserletzungen gegenüber Kurdistan klare Sanktionen nach sich ziehen werden.

Wir fordern die Berliner Regierung und den Grünen Landesverband auf sich für diese Forderungen im Bund einzusetzen!

Die nächtliche Kundgebung von Iraner\*innen vor dem Bundeskongress Gebäude in Bonn, im Zusammenhang mit dem brennenden Evin Gefängnis hat uns gezeigt: Die Menschen im Iran und deren Verwandte in der Welt brauchen sofortige gezielte Unterstützung! Das Regime im Iran unterdrückt, foltert und toetet Menschen, die für ihre Grundrechte auf die Straße gehen! Ob Frauen, die sich gegen die Sittenpolizei ohne Kopftuch zeigen, queere Menschen, die einfach nur existieren oder einfach junge Menschen, wie wir! Die politische Antwort der Bundesregierung und auch Landesregierung Berlins darauf fällt bisher allerdings viel zu gering aus. Das zeigt auch der Antrag, der beim Bundesparteitag der Grünen beschlossen wurde. Dieser Beschluss beweist, dass der politische Wille fehlt, um weitreichende Sanktionen gegen den Iran zu beschließen. Während die Menschen im Iran eine Revolution wollen, beschließen die Grünen einen reformistischen Antrag. Währenddessen sterben Menschen im Iran und Kurdistan täglich, indem sie sich gegen das Regime auflehnen. Die Menschenrechtssituation wird immer drastischer. Wir müssen handeln und zwar jetzt!

**D2**

# **Dringlichkeitsantrag**

**Initiator\*innen:** Kilian Vitt, Marlene Jahn, Murat Yücel, Elina Schumacher

**Titel:** Lützi bleibt – für immer!

Die GRÜNE JUGEND Berlin sieht sich als Korrektiv der Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Sie bekennt sich daher im Angesicht der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am zurückliegenden Wochenende (14.10-16.10.2022) für den Erhalt von Lützerath und gegen einen Streckbetrieb von Atomkraftwerken über den 31.12.2022 hinaus.

Aktuelle Prognosen sehen uns auf einem 4-Grad Pfad. Dies entspricht einem Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation zu Ende des Jahrhunderts. Es kann für eine Grüne Jugend kein „genug“ geben, es muss immer mehr gehen!

Daher werden wir auch weiterhin für den Erhalt von Lützi kämpfen!

Anlässlich der gescheiterten Beschlüssen, zu Lützerath und zu Atomkraftwerken, auf der

Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am zurückliegenden Wochenende

(14.10-16.10.2022) möchten wir als Grüne Jugend Berlin darauf reagieren.

Die Debatte um eine sogenannte Laufzeitverlängerung oder gar einen Wiedereinstieg in die

Atomenergie ist rein politisch motiviert. Atomenergie ist teuer - pro Kilowattstunde aus einem neuen

AKW zwischen drei- und viermal so teuer wie Energie aus Wind- oder Solaranlagen. Atomkraft ist

unflexibel und damit nicht zum Betrieb gemeinsam mit Solar- und Windenergie geeignet und natürlich

gefährlich. Der Endlagerkompromiss wird gefährdet. Wenn der schwer erreichte Kompromiss zum

Ausstieg und der Endlagerfindung an einer entscheidenden und in der Findung heiß umstrittenen

Stelle aufgemacht, besteht die Gefahr, dass es nicht dabei bleibt- wie wir diese Woche auch schon

erleben mussten. Dadurch könnten die wesentlichen Ziele des Kompromisses und damit

Endlagersuche, -findung und -errichtung mit festem Zeitplan scheitern. Das Projekt, das über

Statt eines "Deals" mit RWE müssen gesetzliche Grundlagen für einen schnellstmöglichen 1,5 Grad  
Tausende von Generationen wahren wird, wird aufs Spiel gesetzt.  
konformen Kohleausstieg geschaffen werden. Der Kohleausstieg muss nicht nur im Rheinland,  
sondern in ganz Deutschland verwirklicht werden. Zunächst fordert die GRÜNE JUGEND Berlin ein  
Abbagermoratorium für Lützerath. Lützerath ist die 1,5 Grad Grenze, die nicht überschritten werden  
darf. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass die Kohle unter Lützerath nicht benötigt wird.  
Statt Kapazitäten auf Debatten zu fossilen Rohstoffen zu verschwenden, muss in erneuerbare  
Energien investiert werden.